

AMT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung

Jahresbericht 2012



Herausgeber

Amt für Auswärtige Angelegenheiten
Heiligkreuz 14
9490 Vaduz

Ausländer- und Passamt
Städtle 38
9490 Vaduz

Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED)
Im Malarsch 14
9494 Schaan

Impressum

Bildnachweis

© Caritas Schweiz: Seite 8
© DEZA: Seiten 11, 13
© Andreas Gstöhl: Seite 4
© RET: Seite 29
© UNICEF: Seite 1
© VBO, Paul Trummer: Seite 10
© Martin Walser: Seiten 23, 24, 25, 34
© Watchlist on CAAC: Seite 33

Layout

Grafisches Atelier Sabine Bockmühl, Triesen

Druck

BVD Druck+Verlag AG, Schaan

© AAA, Juni 2013



Gedruckt auf Recycling-Papier

Titelbild:
Menschen auf der Flucht vor dem Hochwasser in der Provinz Punjab in Pakistan

Editorial



Dr. Aurelia Frick im Gespräch mit angehenden Krankenschwestern im St. Luke's Mission Hospital in Mpanshya (Sambia)

Menschen verlassen ihre Heimat aus den unterschiedlichsten Gründen: freiwillig oder erzwungen, temporär oder permanent, als schiere Überlebensstrategie oder aus ökonomischen, sozialen, politischen oder klimatischen Gründen.

Es ist eindrücklich, wie viele Menschen «unterwegs» sind. Das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR zählt derzeit weltweit über zehn Millionen Flüchtlinge. Mit rund 26 Millionen Menschen wird innerhalb des eigenen Heimatstaats als intern Vertriebene gerechnet. Flucht wiederum ist nur für vergleichsweise wenige der Grund, ihr Zuhause zu verlassen: Weltweit migrieren rund 240 Millionen Menschen pro Jahr.

Was für Schicksale stehen hinter diesen Zahlen? Diese Frage haben wir auch Herrn Teklegiorghis gestellt, einem Flüchtling aus Eritrea, der im vergangenen Jahr in Liechtenstein ein neues Zuhause gefunden hat. Im Gespräch erzählt er, was es bedeutet, alles zurück zu lassen und den Weg in eine ungewisse Zukunft anzutreten, und welche Gefahren dieser Weg in sich birgt.

Wenn sich Menschen auf den Weg machen, ist es auch für die Daheimgebliebenen nicht einfach. Ganze Staaten spüren den Verlust, wenn ihre jungen und teilweise gut ausgebildeten Kräfte ins Ausland abwandern, weil es im eigenen Land an Perspektiven fehlt. Ich konnte auf einer Projektreise nach Sambia im April 2013 direkt erfahren, wie schwierig es ist, Ärzte für den Dienst im ländlichen Raum zu motivieren, wenn sowohl die Arbeitsbedingungen, als auch das persönliche Lebensumfeld zu wenig attraktiv sind. Lesen Sie mehr über dieses interessante Projekt im Artikel des LED.

Auch die anderen Beiträge im Jahresbericht 2012 befassen sich mit dem komplexen und breit gefächerten Thema Flucht und Migration. Sie sollen zeigen, dass die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) als zentraler Pfeiler der liechtensteinischen Aussenpolitik sich vor diesem Phänomen nicht verschliesst. Im Gegenteil, sie sucht nach Wegen, um die Lebensbedingungen der betroffenen Menschen zu verbessern und ihnen Perspektiven zu eröffnen. Auch hier beweist sich Liechtenstein als verlässlicher und solidarischer Partner in der Staatengemeinschaft.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick



Frauen auf dem Weg zum Markt Medor in Haiti

Inhalt

Als Flüchtling in Liechtenstein Interview mit Herrn Musie Teklegiorghis	6
Von der Hilfe zur Partnerschaft Heribert Beck	8
Der Not entkommen Manuel Frick	13
Liechtensteins Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)	15
Menschen in Bewegung Peter Ritter	23
Flucht vor Waffen- und Naturgewalt Panagiotis Potolidis-Beck	27
Spuren im Kaukasus Interview mit Dr. Felix Näscher	30
Ohne Frieden, keine Entwicklung Andrea Hoch	32
Schlusswort Dr. Martin Frick	34

Als Flüchtling in Liechtenstein

6 | Interview mit Herrn Musie Teklegiorghis

Musie Teklegiorghis ist 38 Jahre alt, stammt aus Eritrea und lebt seit mittlerweile einem Jahr als anerkannter Flüchtling in Liechtenstein. Mit ihm sprachen Panagiotis Potalidis-Beck und Manuel Frick vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten.



Herr Teklegiorghis, warum haben Sie ihre Heimat, Eritrea, verlassen?

Bis in die Neunzigerjahre war es sehr friedlich. Eritrea war ein kleines, armes Land, aber das Leben war gut. Man musste für eineinhalb Jahre Militärdienst leisten. Das habe ich gemacht und danach als Mechaniker gearbeitet. Dann brach der Krieg mit Äthiopien aus. Alle mussten ins Militär. Viele starben während des Krieges. Ich hatte nichts dagegen, mein Land zu verteidigen. Nach dem Krieg wollte ich das Militär verlassen, um meine Mutter und meine kranke Schwester zu pflegen. Niemand sonst konnte sich um sie kümmern. Mein Vorgesetzter hat das aber nicht erlaubt. Obwohl mir dies zugestanden hätte, liess mich mein Vorgesetzter nicht gehen. Ein unfairer Entscheid. Ich wurde verhaftet. Ohne Grund. Ich war verzweifelt. Dann bin ich geflohen, denn Flucht war für mich die einzige Lösung.

Wie haben Sie das Land verlassen?

Über Nacht kam ich als Illegaler in den Sudan. Ich hatte keinen Pass. Es ist leicht von Eritrea in den Sudan zu kommen. Der Sudan ist nah, doch auch sehr gefährlich. Es gab viele korrupte Polizisten. Im Sudan zu bleiben, war keine Option. Nach ungefähr einem halben Jahr entschloss ich mich, nach Libyen zu fliehen. Der Weg dorthin war sehr gefährlich und viele Menschen sind in der Wüste gestorben. Viele Schlepper führen die Menschen in die Wüste und versprechen ihnen, sie nach Libyen zu bringen, doch sie kommen nie an. Ich hatte Glück. Nach ungefähr drei Wochen kam ich nach Bengasi.

Wie ist es Ihnen in Libyen ergangen?

Schlecht. Wir waren glücklich als wir in Libyen ankamen, doch es war der schlimmste Ort. Viel schlimmer als im Sudan. Die erste Frage lautete: «Bist du Christ oder Mos-

lem?» Wir antworteten: «Christ.» Falsche Antwort. Wir wurden inhaftiert. Sie haben uns gefoltert, obwohl wir nichts getan hatten. Einigen meiner Freunde wurden Knochen gebrochen. Es war eine schreckliche Zeit. Dann flohen wir aus dem Gefängnis. Es wurde auf uns geschossen, aber ich bin davon gekommen und kam nach Tripolis.

Wie sind Sie von Libyen nach Europa gekommen?

Ich habe Geld von meiner Schwester aus Schweden bekommen und damit Schlepper bezahlt. Diese besorgten mir einen Platz auf einem Schiff. Eine Überfahrt kostete ungefähr 1'200 Dollar. Viele Schlepper sind Betrüger und nehmen das Geld der Leute, ohne dass diese einen Platz auf einem Boot bekommen. Oder sie geben den Leuten schlechte Boote, welche nach drei oder vier Kilometern sinken. Auch das war sehr gefährlich. Viele Leute sterben auf dieser Überfahrt. Ich wollte eigentlich nach Italien, aber wegen der rauen See sind wir zunächst in Malta gestrandet. Einen Tag später gingen wir weiter nach Italien, doch die Behörden in Italien haben uns nach etwa zehn Tagen per Flugzeug zurück nach Malta geschafft. Wir sind zuerst in Malta angekommen, also mussten wir zurück nach Malta. Das habe ich davor nicht gewusst. Niemand hat uns etwas gesagt. Man hat uns ins Flugzeug gesetzt. Wir dachten, wir müssten zurück nach Libyen, aber sie brachten uns zurück nach Malta. Die nächsten acht Jahre verbrachte ich dort.

Was konnten Sie in Malta machen?

Nichts. In Malta hat man keine Chance zu arbeiten oder eine Ausbildung zu erhalten, gar nichts. Ich habe mich viele Male beworben, aber ohne Erfolg. Ich verurteile niemanden – Malta ist eine kleine Insel mit sehr vielen Immigranten. Fast jeden Tag kommen neue Boote an. Niemand möchte in Malta bleiben. Einigen von uns hat man gesagt: «Wir werden euch töten, wenn ihr nicht wieder geht.» Ich habe acht Jahre lang versucht, Malta zu verlassen. Zunächst versuchte ich nach Deutschland zu meinem Bruder oder nach Schweden zu meiner Schwester zu kommen. Danach versuchte ich mit falschen Papieren nach Kanada oder in die USA zu gehen. Beides ohne Erfolg.

Wie sind Sie schliesslich nach Liechtenstein gekommen?

Viele Personen in Malta haben uns unterstützt. Ein Asylbetreuer in Malta, der zugleich Priester war, hat mir weitergeholfen. Die Schweiz und Norwegen nahmen Personen auf und ich wollte in die Schweiz, weil ich Freunde in der Schweiz hatte. Dann fragte man mich, ob ich nach Liechtenstein gehen möchte. Ich hatte zuvor noch nie von Liechtenstein gehört. Ich hatte keine Ahnung. Eine eritreische Kollegin konnte mir dann mehr berichten und sagte mir, dass Liechtenstein näher bei meinen Freunden in Zürich und St. Gallen liegt, als Bern. Nach einigen Interviews kam ich schliesslich nach Liechtenstein. Ich hatte grosses Glück. Alle meine Bekannten freuten sich für mich.

Wie ist es Ihnen seither in Liechtenstein ergangen?

Unglaublich gut. Ich dachte, dass es hier ähnlich sei wie in Malta. Liechtenstein ist ja auch ein kleines Land. Es ist aber ganz anders. Die Leute waren nett zu mir. Das war neu für mich. Ich bin sehr glücklich, dass ich hier sein kann. Ich kann endlich arbeiten. Ich habe gebetet und nun bin ich hier. Ich bin dankbar dafür. Ich danke Gott und der liechtensteinischen Regierung.

Herr Teklegiorghis, vielen Dank für das Interview.

Von der Hilfe zur Partnerschaft

8 |

Die bilaterale Migrationszusammenarbeit entwickelt sich

Als in den 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts im ehemaligen Jugoslawien eine Reihe von Kriegen tobte, suchten zahlreiche Einwohner der betroffenen Teilstaaten der Vielvölker-Republik in Liechtenstein Schutz für Leib und Leben. Viele von ihnen sind nach den Kriegswirren in ihre mittlerweile unabhängigen Heimatstaaten zurückgekehrt. In eine Heimat, die oft von schweren Verwüstungen geprägt war. Um diesen Personen die Rückkehr zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, ist die Liechtensteiner Wiederaufbauhilfe als Teil der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) entstanden.



Heribert Beck
Ausländer- und Passamt

Den Migrationsdruck lindern

Inzwischen hat sich die Lage in allen betroffenen Gebieten und Regionen weitgehend stabilisiert, Verwaltung, Wirtschaft und Infrastruktur sind wieder aufgebaut worden. Dennoch befinden sich die im Zuge der Kriege neu gegründeten Staaten zum Teil noch immer in einem Prozess des Wiederaufbaus. Um diesen Prozess zu unterstüt-



zen, wandelte sich die Wiederaufbauhilfe im Laufe der Jahre zur Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe (IFMH), deren Mittel in Höhe von derzeit rund 2.7 Millionen Franken pro Jahr grösstenteils vom Ausländer- und Passamt (APA) verwaltet werden. Das Ziel der IFMH war und ist es, den Einwanderungsdruck auf die westlichen Staaten zu mildern, indem Projekte in den Herkunftsländern potenzieller Migranten finanziert werden, welche deren Lebensumstände vor Ort verbessern. Und diese Arbeit trägt Früchte.

Dies zeigen die Migrationspartnerschaften, die Liechtenstein inzwischen mit den beiden Schwerpunktländern der IFMH, Bosnien-Herzegowina und der Republik Kosovo, abgeschlossen hat. Mit beiden Ländern unterzeichnete die liechtensteinische Regierung jeweils ein Memorandum of Understanding (MoU), welches die Absicht einer künftigen engeren Zusammenarbeit bekräftigt. Diese Absichtserklärungen folgen Schweizer Beispielen und decken ein breites Themenspektrum ab, vom Kampf gegen Menschenhandel über Unterstützung für eine freiwillige Rückkehr von Asylsuchenden, bis hin zur zirkulären Arbeits- und Ausbildungsmigration.

Liechtensteiner Know-how weitergeben

Mit den Migrationspartnerschaften soll ein Geben und Nehmen entstehen, von dem beide Seiten profitieren – eben eine gelebte Partnerschaft. Dass dieses Konzept aufgeht, lässt sich bereits heute am Beispiel Bosnien-Herzegowinas illustrieren. Ende Oktober 2012, ein knappes Jahr nach der Unterzeichnung des MoU, haben sechs Praktikanten aus diesem Staat – sowohl solche bosnischer als auch solche serbischer Ethnie – ein Ausbildungsprogramm in Liechtensteiner Landwirtschaftsbetrieben begonnen.

Vorangegangen waren intensive Vorarbeiten von Caritas Schweiz, der Vereinigung Bäuerlicher Organisationen (VBO) und des Ausländer- und Passamts. Während eines halben Jahres wurden die Praktikanten mit Deutsch- und Fachkursen auf das zweijährige Ausbildungsprogramm in der Landwirtschaft vorbereitet. In dessen Rahmen bietet die VBO jungen, an der Landwirtschaft interessierten Personen aus der vom Krieg besonders stark betroffenen Region Goražde in Ostbosnien die Möglichkeit, die praktischen Arbeiten und Arbeitsabläufe in der hiesigen Landwirtschaft zu erlernen. Ergänzend stehen Sprachkurse, Fachkurse und Exkursionen auf dem Programm. Mit dem Gelernten erhalten die Praktikanten das Rüstzeug, um sich im Heimatland eine existenzsichernde Zukunft in der Landwirtschaft aufzubauen.

Darüber hinaus leistet das Programm einen kleinen, aber für die Einzelpersonen sicherlich nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Völkerverständigung zwischen Serben und Bosniaken in Goražde und Umgebung – in einer Region, die aufgrund der rund dreijährigen serbischen Belagerung der bosnischen Stadt (1992 bis 1995) heute noch als eines der Synonyme für den Bosnien-Krieg gilt.

Von der Kriegrüine zum Wohnhaus:
Das Haus von Semir Muhelic und seiner Familie in Donji Vakuf war im Bosnien-Krieg zerstört worden. Inzwischen wurde es mit Liechtensteiner Hilfe wieder aufgebaut.

Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe

Die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe ist auf einen nachhaltigen und umfassenden Ansatz zur Bewältigung der globalen Flüchtlings- und Migrationsproblematik und auf den weltweiten Schutz der Rechte von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Rückkehrenden, Staatenlosen und anderen Personen im Ausland, die des internationalen Schutzes bedürfen, ausgerichtet.

Praktikant, Familie und Dorfgemeinschaft profitieren

«Für unsere Praktikanten bietet dieses Ausbildungsprogramm eine einmalige Chance für die Zukunft», führte Hemo Jusovic, Projektkoordinator von Caritas Schweiz in Bosnien-Herzegowina, bei der Begrüssung der Auszubildenden in Liechtenstein zu Beginn ihres Praktikums aus. Mit dem Erlernten und Angesparten könnten sie sich nach der Rückkehr in die Heimat eine eigene Existenz aufbauen, von der auch ihr gesamtes familiäres sowie dörfliches Umfeld profitiere. Nicht zuletzt profitieren von dieser sogenannten zirkulären Migration aber auch die Liechtensteiner Landwirte, indem sie engagierte und oftmals dringend benötigte Arbeitskräfte erhalten. Weitere Gruppen von Praktikanten aus Bosnien-Herzegowina sollen daher folgen.

Daneben trägt die Migrationspartnerschaft, deren gutes Gedeihen durch regelmässige, trilaterale Expertentreffen in der Schweiz, Bosnien-Herzegowina und Liechtenstein garantiert wird, auch auf Behördenebene bereits erste Früchte: Ein bilaterales Rückübernahmeabkommen zwischen Liechtenstein und Bosnien-Herzegowina befindet sich in der Verhandlungsphase.

Kooperation mit dem Kosovo etablieren

Eine ähnliche Entwicklung soll auch das MoU mit dem Kosovo nehmen. Auch in diesem Fall finden regelmässig Expertentreffen statt und es ist bereits die Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluss eines Rückübernahmeabkommens vereinbart worden. Ausserdem befindet sich ein mögliches Praktikantenprogramm für junge Kosovaren in der Liechtensteiner Industrie und Landwirtschaft sowie eine engere Zusammenarbeit des offiziellen Kosovo mit der in Liechtenstein ansässigen Diaspora in Vorbereitung.



Migrationspartnerschaft besiegelt: Liechtensteins ehemaliger Innenminister Hugo Quaderer und sein kosovarischer Gegenüber, Bajram Rexhepi, unterzeichnen im Oktober 2012 das Memorandum of Understanding über eine verstärkte Zusammenarbeit im Migrationsbereich.



«Einmalige Chance für die Zukunft»: Die Praktikanten aus Bosnien-Herzegowina wurden bei ihrer Ankunft in Liechtenstein von den zuständigen Landwirten sowie von Vertretern der VBO, des Ausländer- und Passamts und Caritas Schweiz willkommen geheissen.

Migration als globale Herausforderung: Liechtenstein als Teilnehmer des weltweiten Migrationsdialogs

Sonderbotschafter Eduard Gnesa:
«Kein Staat kann im Alleingang die positiven Aspekte und die negativen Herausforderungen in der Migration bewältigen.»



Das Ausländer- und Passamt beschäftigt sich nicht nur mit nationalen und bilateralen Migrationsfragen, sondern betrachtet die Migration als globale Herausforderung und Chance, die auch nur global bewältigt und genutzt werden kann. Zu diesem Zweck nimmt das APA regelmässig an den Treffen des Global Forum on Migration and Development (GFMD) teil. Dabei handelt es sich um einen freiwilligen, zwischenstaatlichen Dialog im Bereich Migration und Entwicklung, bei dem die UNO-Agenturen und andere internationale bzw. regionale Organisationen als Beobachter anwesend sind.

Das Ziel des GFMD ist die Förderung der internationalen Kooperation und Partnerschaft im Migrationsbereich. Liechtenstein nimmt seit dem ersten Treffen 2007 in Brüssel aktiv an diesem Prozess teil. Das Konzept des Forums sieht unter anderem vor, dass die jährlichen Treffen alternierend in einem entwickelten Staat und in einem Entwicklungsland stattfinden. In diesem Jahr erfolgt nach 2006 der zweite High Level Dialog am UNO-Hauptsitz in New York.

Eduard Gnesa, Schweizer Sonderbotschafter für Migrationsfragen und ehemaliger Direktor des Bundesamts für Migration (BFM), ist ein Förderer des GFMD von der ersten Stunde an. Im folgenden Interview gibt er einen kurzen Einblick in die umfangreiche Arbeit hinter dem Forum, das bisher Erreichte und die Zukunftsperspektiven.

«Pro Jahr migrieren 240 Millionen Menschen»

Herr Botschafter Gnesa, Sie sind einer der Väter des Global Forum on Migration and Development und seit dessen Gründung an vorderster Front an der Organisation und Durchführung beteiligt. Was hat damals den Ausschlag gegeben, eine solche Plattform ins Leben zu rufen?

Das Forum wurde 2006 auf Initiative des damaligen UNO-Generalsekretärs Kofi Annan im Anschluss an den «High-level Dialogue on Migration and Development» als ein sich ausserhalb der UNO entwickelnder Prozess ins Leben gerufen. Das Forum wurde zum ersten Mal in Belgien durchgeführt. Seither fand das Forum jährlich an einem anderen Ort statt, nämlich auf den Philippinen, in Griechenland, in Mexiko, in der Schweiz und auf Mauritius. Das Forum wurde gegründet, weil sich die Staaten nicht darauf einigen konnten, das Thema Migration innerhalb der UNO zu verankern. Das GFMD füllt dieses Vakuum, indem es nicht nur strikt migrationsbezogen diskutiert, sondern auch die Entwicklungsseite damit verbindet. Das GFMD steht allen UNO-Mitgliedstaaten offen. Die Schweiz unterstützt das Forum seit seiner Gründung und nimmt aktiv daran teil.

Wie hat sich das Forum seither entwickelt und was waren für Sie die Meilensteine in dieser Entwicklung?

Der spezifische Mehrwert des GFMD besteht im Fokus auf den Nexus Migration und Entwicklung, der freiwilligen Teilnahme von Staaten aus allen Regionen der Welt (ca. 160 Staaten) sowie dem Anliegen, als Katalysator für konkrete bi- und multilaterale

Projekte zu dienen. Zentral ist die Erkenntnis, dass den gegenwärtigen Herausforderungen der Migrations- und Entwicklungspolitik nur durch umfassende Ansätze und in zwischenstaatlicher Partnerschaft effektiv begegnet werden kann, zum Beispiel Remissen, Diaspora, Ausbildung, Integration, Rückführung, etc. Für mich persönlich war sicher auch die schweizerische Präsidentschaft des GFMD 2011 ein Meilenstein; wir konnten unsere langjährige Erfahrung in der Migrationspolitik einbringen.

Gab es auch Schwierigkeiten?

Es gab keine grundsätzlichen Schwierigkeiten. Alle Staaten bemühen sich, nicht in die bekannte Nord-Süd-Problematik zurückzufallen. Es wurde erkannt, dass die meisten Staaten gleiche oder ähnliche Herausforderungen haben, denn die meisten sind gleichzeitig Einwanderungs-, Auswanderungs- und Transitstaaten.

Wo sehen Sie noch Verbesserungspotenzial?

Die identifizierten Musterlösungen, sogenannte Best Practices, werden noch zu wenig umgesetzt, weil die regionalen Unterschiede zum Teil sehr gross sind. Dass die Staaten ihre Souveränität bei der Migrations- und Entwicklungspolitik nicht aufgeben wollen, ist nachvollziehbar. Wünschenswert wäre aber auch, dass die reguläre Migration vermehrt als Chance betrachtet wird, vor allem im Lichte der künftigen demographischen Entwicklung.

Welche Ergebnisse erwarten Sie sich vom High Level Dialogue im Herbst dieses Jahres?

Der High Level Dialogue ist ein politischer Prozess in der UNO. Ich hoffe, dass dort die vom GFMD gemachten Erkenntnisse und Best Practices einfließen werden. Die Staatenwelt hat gerade in den letzten Jahren erfahren, welche Migrationsbewegungen aufgrund von Konflikten (zum Beispiel Libyen, Syrien) ausgelöst werden und diese von einzelnen Staaten nicht mehr bewältigt werden können. Dasselbe gilt für die reguläre Migration, wenn man bedenkt, dass geschätzte 240 Millionen Menschen pro Jahr weltweit migrieren.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft des GFMD, wenn es nach dem High Level Dialogue sozusagen in seine zweite Runde geht?

Das GFMD kann mit seiner praxisorientierten Arbeitsweise noch mehr zur Erkenntnis beitragen, dass kein Staat im Alleingang die positiven Aspekte und die negativen Herausforderung in der Migration bewältigen kann. Ich hoffe, dass sich die Zusammenarbeit auf regionaler und globaler Ebene verbessert und klarere Richtlinien bezüglich der regulären und der irregulären Migration im Interesse der Staaten und der Migranten erlassen werden können.

Herr Botschafter Gnesa, herzlichen Dank für das Interview.

Der Not entkommen

Unterstützung für Flüchtlinge und Binnenvertriebene im Rahmen der Not- und Wiederaufbauhilfe

I 13

Manuel Frick
Amt für Auswärtige
Angelegenheiten



Ein Blick in Zeitungen oder Fernsehnachrichten gibt ein ernüchterndes Bild: Täglich erreichen uns Meldungen und Bilder über Naturkatastrophen oder bewaffnete Konflikte und Kriege, welche vielen Menschen weltweit Leid zufügen. Dazu kommt die Gewissheit, dass die Meldungen, welche uns über die Medien erreichen, nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Viele Menschen sehen sich gezwungen, der Not zu entfliehen und ihre Heimat zu verlassen. Dabei heisst fliehen meist das nackte Leben zu retten. Menschen auf der Flucht sind als besonders verletzte Gruppe oftmals auf schnelle Hilfe angewiesen. Im Folgenden soll anhand von zwei ganz unterschiedlichen Beispielen verdeutlicht werden, wie Liechtenstein im Rahmen der Not- und Wiederaufbauhilfe versucht, diesen Menschen schnelle Hilfe zukommen zu lassen, um ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Durch liechtensteinische Unterstützung können syrische Flüchtlingskinder in Jordanien den Schulunterricht besuchen. Das Bild zeigt Schülerinnen der Mädchenschule in Mafraq.



Unterstützung für syrische Flüchtlingskinder in Jordanien

Not- und Wiederaufbauhilfe

Die Not- und Wiederaufbauhilfe leistet kurzfristige und dringliche Vorbeuge und Hilfsmassnahmen zur Erhaltung menschlichen Lebens und zur Linderung der Folgen von Naturkatastrophen, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten. Sie umfasst auch den mittelfristigen Aufbau von gesellschaftlichen Strukturen und Infrastruktur in Regionen, die von Katastrophen, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten betroffen sind.

Der Syrienkonflikt war 2012 sicherlich eine der grössten humanitären Herausforderungen. Aufgrund der bewaffneten Auseinandersetzungen sahen sich sehr viele Menschen gezwungen, das Land zu verlassen. Mehrere zehntausend Menschen sind nach Jordanien geflüchtet. Mit einer raschen Rückkehr ist aufgrund des anhaltenden Konfliktes nicht zu rechnen. Besonders schwierig ist diese Situation der Ungewissheit für syrische Flüchtlingskinder. Obwohl ihnen freier Zugang zu jordanischen Schulen gewährt wird, müssen viele zurückgewiesen werden, da es an Platz oder Infrastruktur mangelt. Die jordanische Regierung hat sich daher an die internationale Gemeinschaft gewandt und um Unterstützung gebeten. Die Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) hat sich bereit erklärt, das Bildungsministerium in Jordanien bei der Renovation von acht Schulen in Ramtha und Mafraq, im Norden

des Landes, zu unterstützen. Neben der Verbesserung von Bauten und Infrastruktur erhielten die Schüler und Schülerinnen benötigtes Schulmaterial. Damit wurden auch die Eltern finanziell entlastet. Das Projekt, welches in Zusammenarbeit mit dem jordanischen Bildungsministerium und mit UNICEF durchgeführt wurde, kam rund 6'000 jordanischen und syrischen Kindern zugute. Liechtenstein übernahm den grössten Teil der Kosten.

Hilfe für Binnenvertriebene in Kolumbien

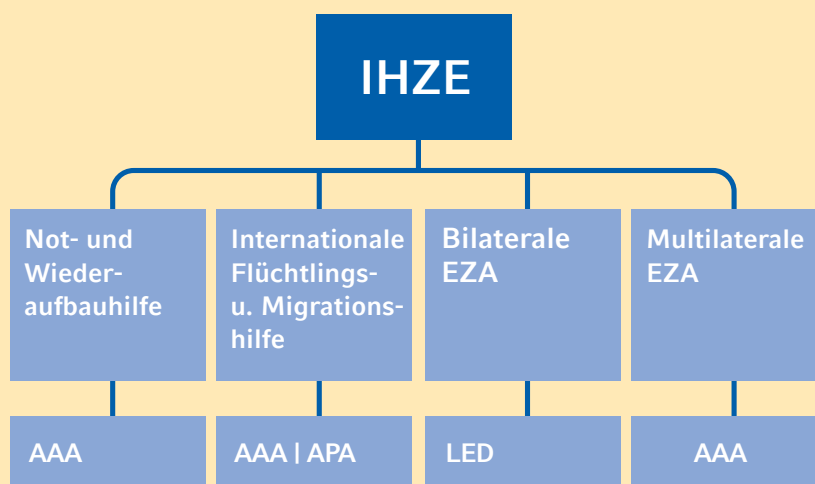
Beim Schlagwort Flucht denken viele primär an Personen, welche ihr Land aufgrund von Naturkatastrophen oder bewaffneten Auseinandersetzungen, wie im Fall von Syrien, verlassen. Weit mehr Menschen fliehen aber innerhalb ihres Heimatlandes an einen anderen Ort. Diese Binnenvertriebenen (Internally Displaced Persons, IDPs) unterstehen nicht dem Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention, da sie per Definition nicht als Flüchtlinge gelten. IDPs werden daher oft als ein «innerstaatliches Problem» angesehen und sind damit eine besonders marginalisierte Gruppe.

Kolumbien befindet sich in einem seit beinahe 50 Jahren andauernden innerstaatlichen Konflikt und kennt eine der weltweit grössten Zahlen von IDPs. Anti-Personen-Minen, Todesdrohungen, Bandenkämpfe, Morde an Angehörigen und die erzwungene Rekrutierung Minderjähriger werden von Betroffenen als Hauptgründe für Vertreibungen aus verschiedenen Teilen des Landes angeführt. Zurzeit leidet besonders die indigene Bevölkerung im Nordwesten des Landes unter Vertreibungen aufgrund zahlreicher illegaler, bewaffneter Gruppen. Trotz eines harten Regierungskurses gegen Korruption, Drogenanbau und -handel sowie gegen illegale, bewaffnete Gruppen ist keine wesentliche Verbesserung der Sicherheitslage zu erkennen. Vor diesem Hintergrund setzt das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) sein seit 1969 bestehendes Engagement in Kolumbien in bewährter Weise fort. Es unterstützt die intern Vertriebenen in den betroffenen Gebieten sowie die Familien von Vermissten durch die Ausgabe von Informationen, Medikamenten und Essen und durch den Aufbau von Schulen, Gesundheitszentren und sanitären Anlagen. Insbesondere wird die Fähigkeit von vertriebenen Familien zur Selbstversorgung unterstützt. Vertreter des IKRK kontrollieren die Haftbedingungen in Gefängnissen und setzen sich bei den zuständigen Behörden für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts ein. Das Engagement des IKRK in Kolumbien wird von Liechtenstein seit 2006 unterstützt. Es handelt sich um eines der am stärksten unterfinanzierten Programme des IKRK. Das liegt insbesondere daran, dass das Land nicht im Scheinwerferlicht der Medien steht. Zudem dürfte es für manche Geldgeber aus politischen Gründen schwierig sein, Programme in Kolumbien zu finanzieren. Für Liechtenstein bestehen solche politischen Hindernisse nicht. Im Gegenteil: Vergessenen Konflikten oder Notsituationen wird spezielle Beachtung geschenkt.

Liechtensteins Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) umfasst alle Formen des humanitären und entwicklungspolitischen Engagements des Staates Liechtenstein, inklusive des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED).

Die IHZE arbeitet in vier Kategorien, der Not- und Wiederaufbauhilfe, der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe sowie der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Die dafür verantwortlichen Institutionen sind das Amt für Auswärtige Angelegenheiten, das Ausländer- und Passamt sowie der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED).



Not- und Wiederaufbauhilfe

Die Not- und Wiederaufbauhilfe leistet kurzfristige und dringliche Hilfsmassnahmen bei Naturkatastrophen, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten. Dabei geht es primär um den Erhalt menschlichen Lebens und den Schutz der betroffenen Bevölkerung. Darüber hinaus wird der mittelfristige Aufbau von gesellschaftlichen Strukturen und Infrastruktur unterstützt, um die Rückkehr zu einem normalen Leben möglichst rasch zu ermöglichen. Zehn Prozent der IHZE-Mittel sind für diesen Bereich vorgesehen. Die Dringlichkeit der Situation ist das Hauptkriterium für die Not- und Wiederaufbauhilfe. Es gibt deshalb keine geographischen Schwerpunkte. Allerdings gilt ein besonderes Augenmerk den von der internationalen Gemeinschaft wenig beachteten und unterfinanzierten Notlagen. Seit 2011 ist Liechtenstein Mitglied in der Gruppe für Good Humanitarian Donorship. Diese international zusammengesetzte Arbeitsgruppe engagiert sich für die Einhaltung von zentralen Prinzipien bei humanitären Einsätzen.

Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe

Die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe ist auf einen nachhaltigen und umfassenden Ansatz zur Bewältigung der globalen Flüchtlings- und Migrationsproblematik ausgerichtet. Auch auf diesen Bereich entfallen zehn Prozent des IHZE-Budgets. Die bilateralen Aktivitäten konzentrieren sich auf die Staaten des Balkans. Schutzbedürftige Personen, u.a. Minderheiten, erhalten Unterstützung für die Integration vor Ort und die langfristige Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. In der gesamthaften Betrachtung der Migrationsproblematik werden auch Möglichkeiten der zirkulären Migration, Rückübernahmeabkommen und Visumsfragen thematisiert. Auf multilateraler Ebene wird die Einhaltung völkerrechtlicher, menschenrechtlicher und humanitärer Standards für Flüchtlinge, Binnenvertriebene, Rückkehrende, Staatenlose und andere Personen, die des internationalen Schutzes bedürfen, gefördert.

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Der grösste Pfeiler der IHZE ist die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, für welche der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED; www.led.li) zuständig ist. Dafür erhält der LED jährlich rund 65 Prozent des IHZE-Budgets, welches er grösstenteils über lokale Partner (Südpartner) oder Partnerorganisationen aus der Schweiz und Österreich (Nordpartner) einsetzt. In Chisinau (Republik Moldau), Cochabamba (Bolivien) und Harare (Zimbabwe) unterhält der LED eigene lokale Büros. Ferner finanziert er den Einsatz von Personen aus Liechtenstein in Entwicklungsprojekten und vermittelt Praktika.

Aktuell ist der LED in 13 Schwerpunktländern tätig. Dies sind die Republik Moldau, Kirgistan, Afghanistan, Bolivien, Peru, Costa Rica, Senegal, Mali, Burkina Faso, Niger, Mosambik, Simbabwe und Sambia. Thematisch konzentriert sich der LED auf die Entwicklung ländlicher Regionen, auf Bildung und auf Gesundheit. Die Förderung von Frauen, nachhaltiger Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit sind Querschnittsthemen. Die Arbeitsbereiche Ernährungssicherheit und Mikrofinanz werden durch entsprechende Sektorstrategien untermauert.

Die Zusammenarbeit mit der privatrechtlichen Stiftung LED ist über eine Eignerstrategie geregelt, die durch jährliche Leistungsaufträge ergänzt und konkretisiert wird. Über die strategische Ausrichtung des LED und die einzelnen Projekte befindet der LED-Stiftungsrat.

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

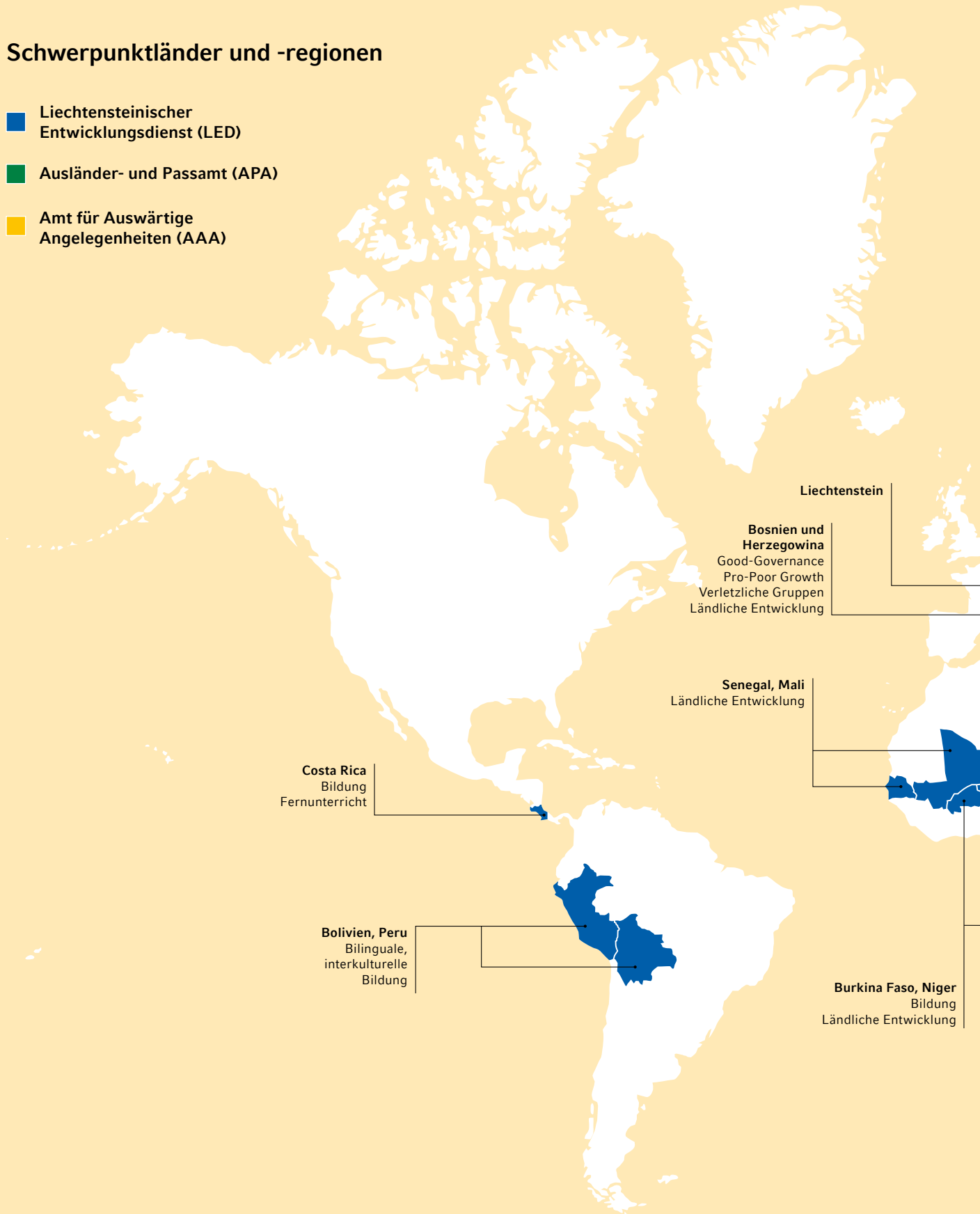
Über die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit werden Projekte internationaler Organisationen oder international tätiger Nichtregierungsorganisationen finanziert. Diese Art des Engagements bietet sich vor allem bei Problemen an, die globaler oder grenzüberschreitender Natur sind und bei denen die Staatengemeinschaft gemeinsam nach Lösungen sucht. Im Gegensatz zu den Projekten des LED, die vornehmlich auf lokaler Ebene ansetzen, können über diese Schiene auch staatliche und internationale Rahmenbedingungen verbessert werden. Besonderes Augenmerk gilt der Förderung von guter Regierungsführung. Dies beinhaltet den Einsatz für die Menschenrechte, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie die Bekämpfung des internationalen Verbrechens. Zentrale Schwerpunkte der liechtensteinischen Aussenpolitik, insbesondere im Menschenrechtsbereich, werden so im Rahmen der IHZE zusätzlich gefördert, was wiederum die Glaubwürdigkeit Liechtensteins unterstreicht. Erwähnenswert ist in dieser Hinsicht auch das Engagement im Bereich der Friedensförderung, konkret für den vermehrten Einbezug von Frauen in friedensbildenden Prozessen oder den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten. Weitere Schwerpunkte sind Gesundheit und die Bekämpfung von HIV/Aids sowie Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Bei letzterem Schwerpunkt engagiert sich Liechtenstein als Alpenstaat insbesondere für die Entwicklung in Bergregionen, vornehmlich im Kaukasus. Zehn Prozent des IHZE-Budgets stehen für diesen Bereich zur Verfügung.

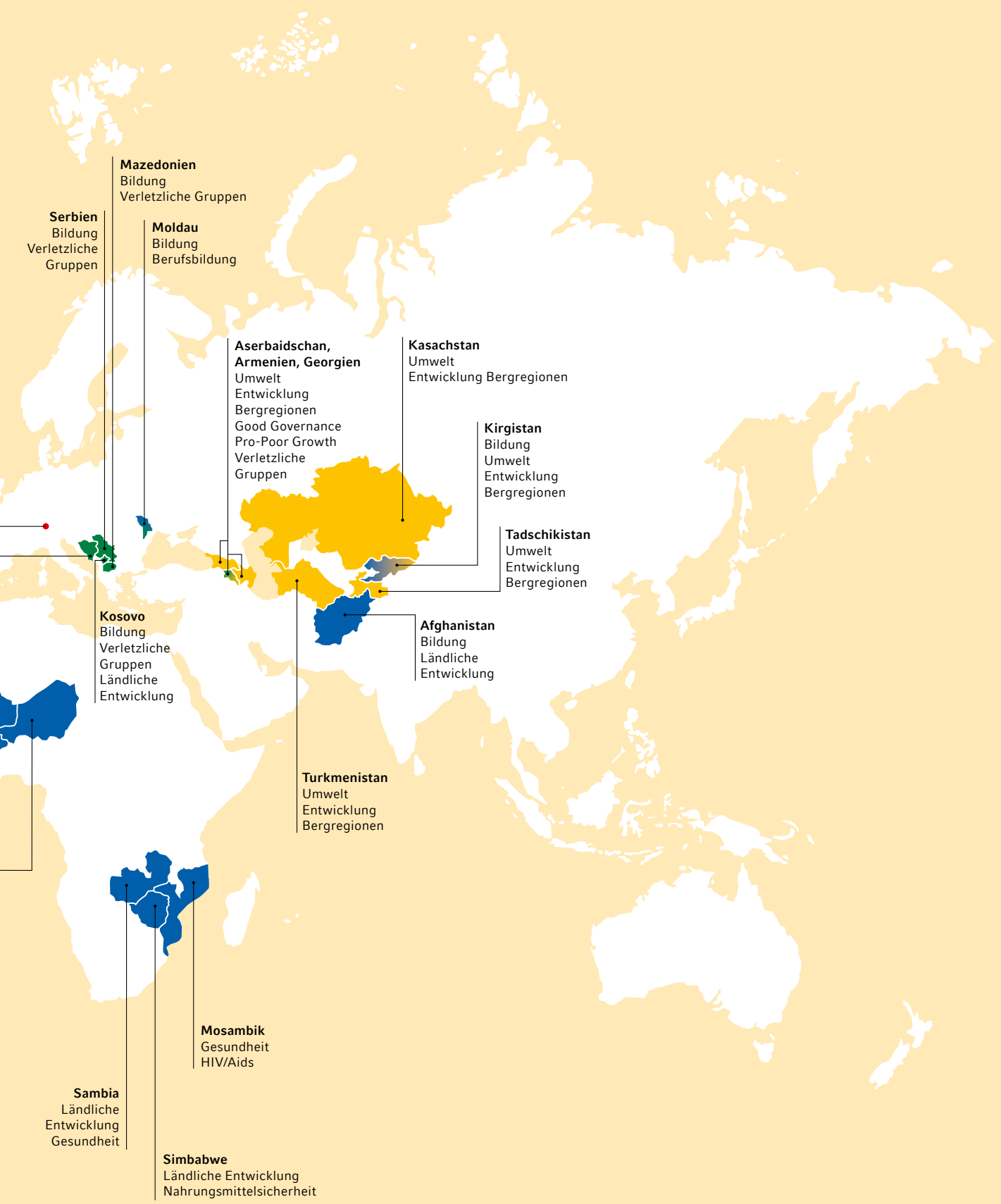
Microfinance Initiative Liechtenstein

Die liechtensteinische Regierung und der Liechtensteinische Entwicklungsdienst sind seit der Gründung im Jahr 2005 Mitglied der Microfinance Initiative Liechtenstein (MIL; www.microfinance.li). Öffentliche und private Akteure fördern und koordinieren das liechtensteinische Engagement für Microfinance. Seit dem Frühjahr 2012 verfügt die MIL über eine Geschäftsstelle sowie zwei Arbeitsgruppen für die Bereiche «Technical Assistance» und «Impact Investing». Diese setzen sich für die Stärkung von Microfinance ein und unterstützen verschiedene Projekte, als unternehmerischen Beitrag zur Armutsreduktion in Entwicklungsländern.

Schwerpunktländer und -regionen

- Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED)
- Ausländer- und Passamt (APA)
- Amt für Auswärtige Angelegenheiten (AAA)





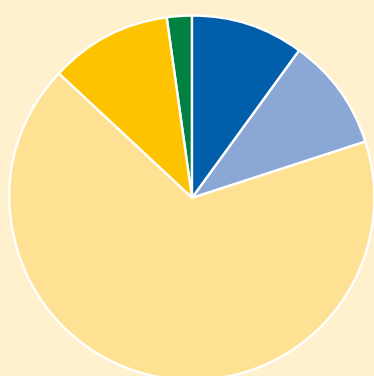
IHZE 2012 in Zahlen

20 |

Ausgaben und Mittelverteilung

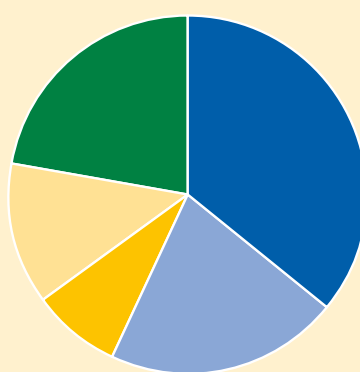
Für die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) hat das Land Liechtenstein im Jahr 2012 insgesamt 25.8 Millionen Franken aufgewendet. Gut zwei Drittel dieser Mittel flossen in die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Jeweils etwa zehn Prozent des Gesamtbudgets wurden über die anderen Kategorien ausgeschüttet.

Mittelverteilung nach Kategorien



■ Not- und Wiederaufbauhilfe	10%
■ Int. Flüchtlings- und Migrationshilfe	10%
■ Bilaterale EZA	67%
■ Multilaterale EZA	11%
■ Diverses	2%

Mittelverteilung nach Regionen



■ Afrika	36%
■ Süd- und Zentralamerika	21%
■ Asien	8%
■ Europa	13%
■ International	22%

Schwerpunktländer und -regionen

Der mit Abstand grösste Teil der liechtensteinischen Mittel fliesst jeweils nach Afrika. Im Jahr 2012 waren es 36 Prozent. Dies verdeutlicht insbesondere die Schwerpunktsetzung des LED in Afrika, ist aber auch Ausdruck der zahlreichen bewaffneten Konflikte und Nahrungsmittelkrisen auf dem Kontinent, welche den häufigen Einsatz von Nothilfegeldern notwendig machen.

Auch in Europa wird Unterstützung gebraucht. Ein gutes Achtel (13 Prozent) des Budgets wurde für Projekte im Balkan und im ärmsten Land Europas, in der Republik Moldau, verwendet. In den Ländern des Balkans, hauptsächlich im Kosovo, in Bosnien und Herzegowina sowie in Mazedonien, engagiert sich das Ausländer- und Passamt (APA) im Rahmen der internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe. Die Republik Moldau ist seit mehreren Jahren ein Schwerpunktland des LED.

In Lateinamerika (Total 21 Prozent der Mittel) konzentrieren sich die Aktivitäten des LED auf Bolivien und Peru. Ein kleiner Teil der Mittel wird in Costa Rica eingesetzt.

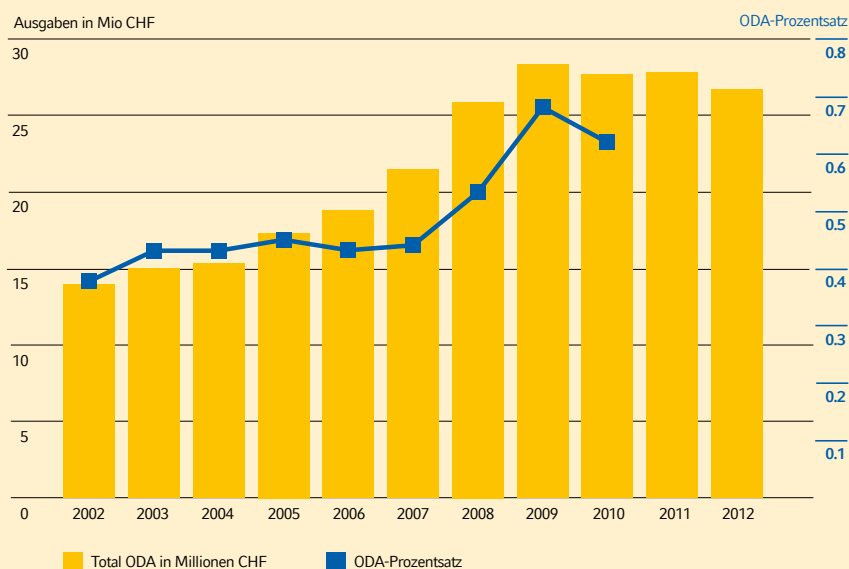
Das liechtensteinische Engagement in Asien beschränkt sich vornehmlich auf die LED-Schwerpunktländer Kirgistan und Afghanistan sowie auf Projekte in den Bereichen Umwelt und nachhaltige Entwicklung im Kaukasus und in Zentralasien. Es beläuft sich auf acht Prozent.

Rund 22 Prozent der Mittel wurden nicht projektspezifisch ausbezahlt oder länderübergreifenden Programmen zugeführt. Diese in der Sparte «international» zusammengefassten Beiträge sind essentiell, um grenzüberschreitende Aktivitäten oder unterfinanzierte Programme zu unterstützen und Grundkosten von Entwicklungsorganisationen zu decken.

ODA-Entwicklung

Die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) umfasst alle Ausgaben, welche ein Staat gemäss den Kriterien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe ausgibt. Zum zwischenstaatlichen Vergleich der ODA hat sich eine Kennzahl etabliert, welche die ODA im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) eines Staates betrachtet – der sogenannte ODA-Prozentsatz.

Entwicklung des liechtensteinischen ODA-Prozentsatzes



Der internationale Zielwert für den ODA-Prozentsatz liegt bei 0.7. Die liechtensteinische Regierung hat sich wiederholt für die möglichst rasche Erreichung dieses Ziels ausgesprochen. Der gegenwärtig vorliegende ODA-Prozentsatz für das Jahr 2010 beläuft sich auf 0.62. Damit liegt Liechtenstein im weltweiten Vergleich an siebter Stelle. Nur wenige Staaten haben den international angestrebten ODA-Prozentsatz von 0.7 bereits erreicht oder übertroffen.

Die gesamten ODA-Ausgaben, zu denen auch der Katastrophenfonds der Gemeinden sowie die Betreuungskosten für Asylsuchende im Inland gerechnet werden, betragen im Jahr 2012 26.8 Millionen Franken. Das definitive BNE für das Berichtsjahr – und damit auch der ODA-Prozentsatz des Jahres 2012 – liegen erst im Herbst 2014 vor.

Menschen in Bewegung

Peter Ritter
Geschäftsführer
des Liechtensteinischen
Entwicklungsdienstes (LED)



Die Welt wächst zusammen, Entfernungen werden relativ. Die Welt ist in Bewegung. Der Strom verändert seinen Lauf und unterliegt Schwankungen durch positive und negative Migrationsmotive. Die Wanderung von Menschen korrespondiert mit dem Fluss von Informationen, Geld und Waren. Migration ist sowohl Voraussetzung als auch Konsequenz der Globalisierung.

Zu allen Zeiten haben Menschen ihren Lebensmittelpunkt verlegt, als Überlebensstrategie, aus ökonomischen, sozialen, politischen oder klimatischen Gründen. So ist Migration auch Folge der ungleichen Verteilung der weltweit zur Verfügung stehenden Güter und Dienstleistungen. Mit den Menschen wandern auch ihr Wissen und ihre Kultur. Migration ist Ausdruck sozialen Wandels und trägt zum Wandel der involvierten Staaten und Regionen bei. Vor allem in den Zielländern ist die Zuwanderung auch der Ursprung vieler Ängste und Sorgen, obwohl einige wirtschaftliche Erfolgsgeschichten nur dank Migration möglich waren.

Weite Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit sind von der Bewegung der Menschen betroffen. Abgewanderte Arbeitskräfte, daheimgebliebene Kinder und ältere Menschen betreffen ganze Länder und vor allem deren ländliche Gebiete.

Die sambische Lösung gegen Abwanderung von medizinischem Fachpersonal

Eine nicht zu unterschätzende Form der Migration betrifft gut ausgebildete Fachpersonen, die bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in reicheren Ländern finden. Dieses Phänomen wird «Brain Drain» genannt, der Abfluss von Wissen aus einer Gesellschaft.

Der Gesundheitssektor ist von dieser Form der Arbeitsmigration stark betroffen. Die Abwanderung von medizinischem Fachpersonal hinterlässt fatale Lücken im Herkunftsland. Besonders in Ländern des Südens herrscht ein gravierender Mangel an Gesundheitspersonal. Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO ist der Zugang zu Gesundheitsfachleuten in 57 Staaten kritisch, davon in 36 afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Weltweit hat rund ein Siebtel der Bevölkerung keinen oder nur beschränkten Zugang zu medizinischer Grundversorgung.

Die Abwanderung von medizinischem Fachpersonal wird teilweise gezielt betrieben, indem westliche Länder aktiv Fachkräfte rekrutieren. So wirbt Grossbritannien Personal aus seinen ehemaligen Kolonien an, da es sein eigenes Personal oft an die USA verliert. Die Schweiz rekrutiert in Deutschland, Deutschland in den ehemaligen Ostblockstaaten und diese in Asien. So entsteht ein Dominoeffekt, unter dem die ärmsten Staaten am meisten leiden – und dort im Besonderen die Menschen ländlicher Regionen.

In Sambia sind die Folgen der Migration von Gesundheitspersonal seit den 90er-Jahren spürbar. Rund zwei Drittel der in Sambia ausgebildeten Ärzte und Ärztinnen und etwa die Hälfte des medizinischen Fachpersonals arbeiten im Ausland oder in nicht



Weltweit leben mehr als 200 Millionen Menschen nicht in ihrer Heimat.



Afrika braucht dringend gut ausgebildetes Gesundheitspersonal, das nicht abwandert.

medizinischen Bereichen. Ausschlaggebend für die Abwanderung sind nicht nur die tiefen Löhne, sondern auch die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen, speziell auf dem Land.

Um die entstandene Lücke zu füllen hat Sambia – wie auch andere afrikanische Länder – einen Ausbildungsgang geschaffen, der «nicht-universitäre Ärzte» für ländliche Spitäler ausbildet. Die sogenannten Medical Licentiate (ML) sind speziell für die Bedürfnisse und Bedingungen des Landes ausgebildet. Da diese Ausbildung nur regional anerkannt ist, wirkt sie der Abwanderung entgegen. Derzeit verfügt das Land über 133 ausgebildete ML, laut Gesundheitsministerium benötigt Sambia jedoch rund 600 ML. Dem Staat Sambia und dem Chainama College, der einzigen Ausbildungsinstitution im Land, fehlen die nötigen Ressourcen und Kapazitäten, um das Ausbildungsprogramm auszuweiten. Der LED unterstützt das Programm der Schweizer Organisation SolidarMed zur Förderung der ML-Ausbildung und leistet damit einen wertvollen Beitrag, die dringend notwendigen, medizinischen Dienstleistungen in die ländlichen Gebiete Sambias zu bringen.

Moldau – ein Land geprägt von Migration

Das Thema Migration ist in Moldau allgegenwärtig. Es findet sich kaum jemand, der nicht einen oder mehrere Verwandte im Ausland hat. Gemäss offizieller Schätzung befindet sich zwischen einem Viertel und einem Drittel der moldauischen Bevölkerung im Arbeitsalter im Ausland. Die Rücküberweisungen der Arbeitsmigranten machen einen Drittel des Bruttoinlandprodukts aus. Das ist der zweithöchste Wert weltweit. Die Rücküberweisungen helfen den Zurückgebliebenen, über die Runden zu kommen, denn viele können nicht von ihrem Lohn, geschweige denn von ihrer Pension leben und sind deshalb auf Unterstützung angewiesen. Migration ist Teil der Überlebensstrategie, zumal viele Menschen im eigenen Land keine Arbeit finden.

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich auf die Entwicklung ländlicher Regionen in 13 Schwerpunktländern und gibt dabei der Frauenförderung, der sozialen Gerechtigkeit und der Umwelt in allen Aktivitäten Vorrang. Sie wird von der privatrechtlichen Stiftung Liechtensteiner Entwicklungsdienst (LED) auf der Basis eines Leistungsauftrags mit der Regierung durchgeführt.

Nebst der Migration trägt auch die sehr tiefe Geburtenrate dazu bei, dass die Bevölkerung Moldaus ständig abnimmt. Der jährliche Bevölkerungsschwund entspricht zwei bis drei Dörfern oder einer Kleinstadt.

Dieses Problem wirkt sich stark auf die Bildung aus, auf die der LED in Moldau seine Arbeit konzentriert. Allein zwischen 2000 und 2007 ist die Zahl der einzuschulenden Kinder um 35 Prozent zurückgegangen. Auf der Sekundarschulstufe betrug der Rückgang 26 Prozent. Viele Schulen haben nur noch einen Bruchteil der Schülerzahlen, für die sie eigentlich ausgelegt sind. Die Klassengrösse sinkt ständig. Die halbleeren Schulen zu unterhalten ist ineffizient. Eine Restrukturierung des Bildungssystems ist überfällig. Die Regierung hat sich lange davor geschaut, entsprechende Anpassungen vorzunehmen. Nun kommt sie aber nicht mehr umhin, in grossem Umfang Schulen zu schliessen. Letztes Jahr wurden über 100 Primar- und Sekundarschulen geschlossen, dieses und nächstes Jahr werden weitere 200 Schulen folgen. Auch in der Berufsbildung steht eine Schliessungswelle bevor. In den letzten zwei Jahren wurden vier Berufsschulen geschlossen. Die SchülerInnen von drei geschlossenen Schulen wurden von Partnerschulen des LED übernommen. Die grosse Bereinigung der Struktur steht aber noch bevor und soll dieses und nächstes Jahr vorbereitet werden.

Die daheimgebliebene Familie lebt von den Überweisungen der Angehörigen aus dem Ausland.



Der LED arbeitet in Moldau direkt mit dem Bildungsministerium zusammen und unterstützt dieses bei der Anpassung des Bildungssystems an die neuen Gegebenheiten. Mit einem grossen Berufsbildungsprojekt trägt der LED massgeblich zur Konsolidierung des Berufsbildungssystems bei. Er stellt u.a. dem Bildungsministerium eine Person zur Verfügung, deren Hauptaufgabe es ist, den Restrukturierungsprozess in der Berufsbildung inhaltlich vorzubereiten. Das Projekt unterstützt 14 Berufsschulen in der Verbesserung von insgesamt fünf Ausbildungsgängen (Schweisser, Elektriker,

Koch, Konditor und Schneider). Die Weiterbildung der Lehrkräfte ist ein Schwerpunkt des Projektes. Es hat dazu ein Weiterbildungszentrum an der Technischen Universität aufgebaut, das Weiterbildungen spezifisch für Lehrkräfte von Berufsschulen anbietet und bereits einen ausgezeichneten Ruf genießt. Auch die Schulwerkstätten müssen besser eingerichtet werden. Eine Pionierleistung ist die Entwicklung von Lehrplänen. Im Moment gibt es keine verbindlichen Lehrpläne für Berufsausbildungen, so dass die Arbeitgeber im Grunde nicht wissen, welche Fertigkeiten sie von den Abgängern erwarten können. Schliesslich braucht es auch angepasste Lehrmaterialien für die ausgearbeiteten Lehrpläne. Mit diesem Paket von Unterstützungsmassnahmen werden die Schulen in die Lage versetzt, eine relevantere und qualitativ höherstehende Ausbildung zu vermitteln.

Die zurückbleibenden Kinder migrierender Eltern sind ein Schwerpunkt einer moldauischen Kinderrechtsorganisation, welche vom LED unterstützt wird. Die Organisation hat u.a. mehrere Ratgeber verfasst, einen für migrierende Eltern, einen für die zurückbleibenden Kinder und einen dritten für Lehrer und Sozialarbeiter. Ziel ist, dass alle Beteiligten sich möglichst gut an die schwierigen Verhältnisse anpassen. Migration geschieht, aber man kann sie gestalten.

Die Projekte des LED zielen hauptsächlich darauf ab, die Lebensbedingungen der Bevölkerung vor Ort zu verbessern und den benachteiligten Menschen in ihrer Heimat ein würdiges Leben zu ermöglichen.



Mit einer angepassten Ausbildung finden die Berufsschulabsolventen in der Heimat eine Arbeit.



Pius Frick (rechts im Bild), Repräsentant des LED in Moldau, im Gespräch mit Herrn Vasilachi, dem Leiter des Berufsbildungsdepartements

Flucht vor Waffen- und Naturgewalt

Panagiotis Potolidis-Beck
Amt für Auswärtige
Angelegenheiten



| 27

Ausreichende Ernährung, ein Dach über dem Kopf sowie Sicherheit gehören zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Immer wieder werden Menschen jedoch durch bewaffnete Konflikte und Naturkatastrophen dieser elementaren Güter beraubt, weshalb sie sich dazu gezwungen sehen, aus ihrer Heimat zu fliehen. Nicht selten finden in bewaffneten Konflikten auch systematische Vertreibungen ganzer Bevölkerungsgruppen statt. Die Flucht an einen sicheren Ort, sei es im In- oder Ausland, stellt den einzigen Ausweg dar.

Im internationalen Kontext wird zwischen «Flüchtlingen» und «Binnenvertriebenen» unterschieden. Gemäss der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 werden nur Personen, welche Schutz ausserhalb ihres Heimatstaates suchen, als Flüchtlinge angesehen. Personen, welche innerhalb ihres Heimatstaates an einen anderen Ort fliehen, werden als «Binnenvertriebene» (Internally Displaced Persons, IDPs) bezeichnet. Gemäss den aktuellsten Zahlen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR), gab es im Jahr 2011 weltweit etwa 10.5 Millionen Flüchtlinge, welche durch das UNHCR betreut wurden. Noch viel höher ist die Zahl der Binnenvertriebenen infolge gewaltsamer Konflikte oder Naturkatastrophen. Sie wird vom «Internal Displacement Monitoring Centre» (IDMC) im Jahr 2011 mit etwa 26.4 Millionen angegeben.

Wie kann Menschen in solchen Situationen geholfen werden und was tut Liechtenstein? In den folgenden Zeilen soll deshalb das Engagement Liechtensteins zur Verbesserung der Situation von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen im Rahmen der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe aufgezeigt werden.

UNHCR als wichtiger Partner bei der Unterstützung von Flüchtlingen

Bei der Unterstützung von Flüchtlingen ist das UNHCR ein wichtiger Partner Liechtensteins. Zu seinen Aufgaben gehört der Schutz von Flüchtlingen und deren Grundversorgung. Ausserdem setzt sich das UNHCR für die Interessen der Flüchtlinge ein. Das UNHCR hatte ursprünglich kein konkretes Mandat für die Betreuung von Binnenvertriebenen, unterstützt heute aber aufgrund seiner Expertise im Umgang mit Flüchtlingen auch etwa 15 Millionen IDPs. Im Jahr 2012 leistete Liechtenstein Beiträge für das allgemeine Budget des UNHCR sowie für dessen Regionalprogramme in Nord- und Westafrika.

Die Situation in Westafrika ist generell instabil. Neben der Dürre und der daraus folgenden Nahrungsmittelkrise im Jahr 2012 kamen die Unruhen in Mali dazu, wo Tuareg-Rebellen einen Grossteil des Landes besetzten. Diese Faktoren führten 2012 zu einem starken Anstieg der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in der Region. Allein in Mali wurde die Zahl der IDPs auf 200'000 geschätzt. Weitere 100'000 flohen als Flüchtlinge in benachbarte Staaten. Das UNHCR bietet in Westafrika, je nach Situation, Nothilfe in Form von Schutz und Registrierung der Flüchtlinge, Unterkunft in Camps, medizinischer Grundversorgung und Nahrungsmittelrationen. Weiter werden temporäre Schulen aufgebaut und wichtige Infrastrukturen instand gesetzt. Speziell die Ausbildung von Flüchtlingen kann zu einer deutlichen Verbesserung der Lebens-

umstände beitragen. Eine weitere bedeutende Aufgabe des UNHCR in der Region ist die Reintegration von Rückkehrenden, speziell in Côte d'Ivoire, wo die Spannungen in jüngster Zeit abgenommen haben und deshalb eine Rückkehr von Flüchtlingen vorbereitet und umgesetzt werden muss.

Die Länder Nordafrikas sind seit Beginn des «Arabischen Frühlings», aber auch aufgrund von Nahrungsmittelkrisen am Horn von Afrika und der Sahelzone in hohem Ausmass von Migrationsströmen betroffen. Allein der Libyen-Krieg im Jahre 2011 führte dazu, dass mehr als 900'000 Menschen aus dem Land flüchteten und weitere 550'000 Personen intern vertrieben wurden. Das UNHCR hat seine Präsenz in der Region daher ausgebaut. Die grösste Herausforderung stellt das Fehlen von Asylsystemen dar. Trotz der hohen Anzahl von Asylsuchenden in der Region, besitzt bisher kein nordafrikanisches Land ein funktionierendes Asylsystem. Das UNHCR unterstützt die betroffenen Länder bei der Verankerung der internationalen Standards in nationalen Gesetzen und in der konkreten Umsetzung. Ferner hilft das UNHCR mit Nahrungsmitteln, Unterkünften, medizinischer Versorgung, Bildung und rechtlichem Beistand, ermöglicht aber auch den Zugang zu Berufsbildung und Mikrokrediten. Auf diese Weise werden die Selbstständigkeit und eine mögliche Rückkehr der betroffenen Personen angestrebt.

Liechtenstein unterstützt Risiko- und Bedürfnisanalysen für Binnenvertriebene

Das ursprünglich fehlende Mandat des UNHCR für die Betreuung von Binnenvertriebenen führte dazu, dass dieser Gruppe von Regierungen und NGOs lange Zeit zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Vor diesem Hintergrund wurde 1998 das «Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC)» vom «Norwegian Refugee Council» gegründet. IDMC ist eine internationale NGO mit Sitz in Genf. Sie wird von Liechtenstein seit mehreren Jahren unterstützt.

IDMC wurde von den Vereinten Nationen damit beauftragt, eine Datenbank zu erstellen, welche die weltweiten Bewegungen von Binnenvertriebenen erfasst. Es war das Ziel, die humanitäre Gemeinschaft besser über die spezifischen Bedürfnisse von Binnenvertriebenen zu informieren und zu sensibilisieren. Heute zeichnet die Organisation die Bewegungsströme von Binnenvertriebenen in über 55 Konfliktsituationen auf. Die von IDMC unterhaltene Datenbank ist die einzige globale Datensammlung über Binnenvertriebene. Sie dient politischen Entscheidungsträgern im innerstaatlichen Bereich sowie Institutionen der Vereinten Nationen als Grundlage für zu treffende Massnahmen und für die Entwicklung einer nachhaltigen Politik zur Unterstützung von Binnenvertriebenen.

Zudem vertritt IDMC die Interessen von Binnenvertriebenen durch die Verbreitung der so genannten Leitlinien zum Thema interne Vertreibung (Guiding Principles on Internal Displacement). Auch die Ausbildung staatlicher und nicht-staatlicher Institutionen gehört zunehmend zum Aufgabenbereich von IDMC. Seit 2010 wird zudem ein grösseres Augenmerk auf Vertreibungen in der Folge von plötzlichen Natur-



Binnenvertriebene Frauen beim Unterricht in Parwan, Afghanistan

katastrophen gelegt. Im Zusammenhang mit Naturkatastrophen, versucht IDMC in jüngster Vergangenheit auch Modelle zu erstellen, welche eine Einschätzung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Anzahl von Binnenvertriebenen und deren Bedürfnisse erlauben.

Schulbildung für binnenvertriebene Frauen in Afghanistan

Während des Krieges der NATO-Staaten gegen das Taliban-Regime in Afghanistan ab 2001, kam es zu einer hohen Anzahl von Binnenvertriebenen. Davon sind besonders Frauen sehr stark betroffen. Als Folge von Krieg, Armut, Unterdrückung und soziokulturellen Einschränkungen ist es vielen afghanischen Mädchen und jungen Frauen nicht möglich, sich nach dem Besuch einer Primarschule weiterzubilden und einen Einstieg in die Berufswelt zu finden. Um diesem Problem entgegenzuwirken, finanziert die Regierung Liechtensteins seit 2009 ein Projekt des «Refugee Education Trust» (RET) – einer NGO mit Sitz in Genf – zum Aufbau einer Schule für binnenvertriebene Frauen in der Provinz Parwan. Die Schülerinnen erhalten eine Grundausbildung und gleichzeitig soll auf diesem Weg die Rolle der Frauen in der lokalen Gesellschaft gestärkt werden. Pro Jahr erhalten rund 80 junge Frauen (im Alter zwischen 15 und 35 Jahren) in einem Zentrum Aufbaukurse in den Fächern Mathematik, Naturwissenschaften, Geschichte sowie Sprachen, Lesen und Schreiben. Begleitet wird dieses Programm von einer integrierten Kindertagesstätte, in welcher die Kinder dieser Frauen während des Unterrichts betreut werden, sowie von einem medizinischen Beratungsangebot. Letzteres ist in dieser Region besonders wichtig, da es nur wenig ausgebildetes Personal gibt, um Frauen während der Schwangerschaft und Geburt zu betreuen. Ziel ist es, das Projekt in Parwan bis 2014 in die Verantwortung der lokalen Behörden zu übergeben.

Spuren im Kaukasus

30 |

Interview mit Dr. Felix Näscher

Der Grosse Kaukasus ist ein rund 1'100 Kilometer langes Gebirge zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer. Rund 30 Millionen Menschen aus etwa 50 Völkern bewohnen dieses zu Russland, Georgien, Armenien und Aserbaidschan gehörende Gebiet.

Der frühere Leiter des Amts für Wald, Natur und Landschaft, Dr. Felix Näscher, betreute im Rahmen der IHZE viele Jahre lang Projekte für die nachhaltige Entwicklung dieser Bergregion. Im Interview mit Andrea Hoch erläutert er die Hintergründe dieses Engagements.

Herr Näscher, können Sie uns zu Beginn schildern, wie es dazu gekommen ist, dass Liechtenstein im Kaukasus tätig wurde?

Die Herausforderungen für die Menschen in den Berggebieten der Welt sind im Wesentlichen überall dieselben: Ständige Bedrohung durch Naturgefahren wie Lawinen, Überschwemmungen, Erdbeben und Steinschlag, hartes Klima, kurze Vegetationszeit und im Zusammenspiel mit der ungünstigen Topographie erschwerte Bedingungen für die landwirtschaftliche Produktion. Dazu kommen eingeschränkte Möglichkeiten für die Vermarktung der erzeugten Produkte, ein begrenzter Zugang zu Bildungs-, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen. Gesellschaftliche Isolierung und die Gefahr zunehmender Perspektivlosigkeit sind die Folgen.

Aufgrund dieser Tatsache haben die Umweltminister der Alpenstaaten im Rahmen der Alpenkonvention beschlossen, ihre Erfahrungen mit den benachbarten Bergregionen auf dem Balkan, in den Karpaten, im Kaukasus und in Zentralasien zu teilen und im Sinne einer privilegierten Partnerschaft sowohl gemeinsam als auch länderweise konkrete Projekte zur Förderung einer nachhaltigen Berggebietsentwicklung umzusetzen. Diese Projekte laufen seit gut zehn Jahren.

Welcher Art waren die Projekte, welche Sie betreut haben? Können Sie uns einige Beispiele geben?

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Berggebietsentwicklung hat Liechtenstein mit der seit Ende der Sechzigerjahre in Kraft stehenden Verordnung über die integrale Entwicklung des Berg- und Alpengebietes eine lange Erfahrung. Diese Verordnung sowie die Alpenkonvention lieferten eine massgebliche Orientierung für die Planung und Umsetzung von Projekten in Bergdörfern Osteuropas und Zentralasiens. Grundlage der Projekte bilden in der Regel Workshops mit der lokalen Bevölkerung, wobei von dieser selbst die gegenwärtige Situation analysiert, Zukunftsperspektiven diskutiert, Handlungsoptionen evaluiert sowie die Verfügbarkeit von Ressourcen geprüft werden. Die mittlerweile über 70 umgesetzten Projekte decken die ganze Themenbreite nachhaltiger Entwicklung ab: Schutz vor Naturgefahren, Erhaltung und Pflege von Weidegründen, Erstellung von Almhütten, Aufbau von Absatzmärkten für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Forstpflanzennachzucht und Aufforstungen, energetische Sanierung von Wohnhäusern und Bau einer Bäckerei sowie von Kindergärten, Schulen und einem Spital jeweils unter gleichzeitiger Einführung alternativer Energiesysteme, Wasserversorgungs- und Abfallverwertungsprojekte.

Dr. Felix Näscher (ehemals Leiter des Amts für Wald, Natur und Landschaft):
«Die Lage für die Flüchtlinge ist in jeder Hinsicht dramatisch.»



Mangels gesicherter Absatzmärkte gilt es, mit dem Verkauf des morgendlichen Fangs am Stand an der Landstrasse, ein Einkommen zu erzielen.

Shatili, gelegen in der historischen Provinz Chewsuretien, heute in der Mzcheta-Mtianeti Region an der Grenze zwischen Georgien und Tschetschenien, ist ein kleines, noch heute von den grossen Zentren durch einen Pass abgeschnittenes Dorf um eine mittelalterliche Festung.



Allgemein ging mit der ehemaligen Planwirtschaft auch im Berggebiet viel traditionelles Wissen und damit ein Grundverständnis für die Bewältigung des täglichen, individuellen Lebens verloren. Und dennoch: Manch unersetzliche Erfahrungen blieben gewahrt und bilden die Grundlage für ein Fortkommen, sofern dazu minimale Rahmenbedingungen erhalten und gefördert werden.



Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Mit der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wird Problemen begegnet, die infolge ihrer Komplexität, ihrer politischen Sensibilität beziehungsweise ihrer globalen oder grenzüberschreitenden Relevanz ein gemeinsames Engagement von Ländern, Völkern und Organisationen erfordern.

Im Kaukasus liegen verschiedene politische Brennpunkte wie zum Beispiel Abchasien, Berg-Karabach, Tschetschenien oder Nord- und Süd-Ossetien, wo immer wieder auch bewaffnete Konflikte ausbrechen. Der diesjährige Jahresbericht befasst sich mit dem Thema «Flucht». Wie gravierend ist die Problematik für Flüchtlinge und intern Vertriebene in der Region?

Die rund halbe Million von Flüchtlingen aus Abchasien oder Südossetien, welche seit wenigen Jahren in Georgien – bei einer Bevölkerung von vier Millionen Einwohnern – Zuflucht finden, sind sozusagen «Zwangsentwurzelte», die von einem Tag auf den anderen jeden Boden unter den Füßen verloren haben und nun in Regionen, in welchen selbst grösster Mangel herrscht, ein Auskommen finden sollen. Die Lage für die Flüchtlinge ist in jeder Hinsicht dramatisch.

Sehen Sie einen Unterschied zwischen der Lebenslage der Menschen zu Beginn Ihrer Tätigkeit und der Situation von heute? Oder anders ausgedrückt, haben sich die zentralen Bedürfnisse der Bevölkerung gewandelt?

Zu Sowjetzeiten waren die Grundbedürfnisse für alle Leute abgedeckt, obwohl natürlich auch damals unterschiedliche Bevölkerungsklassen existierten. Heute spaltet sich die Schere zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsklassen zunehmend auf und gerade der sozial schwache Bevölkerungsteil, zu welchem auch die Leute in den abgelegenen Bergregionen gehören, droht zunehmend zu verlieren.

Herr Näscher, denken Sie, dass Liechtenstein in den vergangenen Jahren mit diesen Projekten Spuren hinterlassen hat und langfristig etwas bewirken konnte?

Liechtenstein hat sich von allem Anfang an darauf beschränkt, solche Projekte umzusetzen, die von den politischen Behörden getragen, von der lokalen Bevölkerung entwickelt und in relativ kurzer Zeit verwirklicht sind sowie einen langfristigen Nutzen entfalten. Die Spuren sind sichtbar und die Wirkung in hohem Masse anerkannt.

Herr Näscher, herzlichen Dank für das Gespräch und für den langjährigen, engagierten Einsatz für diese Projekte und die IHZE als Ganzes.

Ohne Frieden, keine Entwicklung

32 |

Nur dauerhafter Frieden und Stabilität ermöglichen eine langfristige Entwicklung. Im Wissen darum unterstützt die IHZE friedensfördernde Aktivitäten und leistet einen Beitrag für den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten.



Andrea Hoch
Amt für Auswärtige
Angelegenheiten

Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen nehmen weltweit gesehen nicht ab. Im vergangenen Jahr waren Mali und Syrien am prominentesten in den Medien vertreten, aber viele andere – vor allem interne – Konflikte sind seit Jahren in Gang und in ihren Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung nicht weniger grausam. Liechtenstein in seiner geographisch privilegierten Situation und ohne eigenes Militär hat an und für sich keine Expertise und Erfahrung in kriegstechnischen Fragen. Dennoch hat sich das Land in den letzten Jahren eine Reputation beim Schutz von Zivilpersonen, insbesondere von Frauen und Kindern, aufgebaut.

Der UNO-Sicherheitsrat hat unter den Agenden «Frauen, Frieden und Sicherheit» sowie «Kinder in bewaffneten Konflikten» verschiedene Resolutionen verabschiedet, in welchen diese Verbrechen verurteilt und Massnahmen zur Dokumentierung und Verfolgung beschlossen wurden. Liechtenstein unterstützt die Aktivitäten des UNO-Sicherheitsrates und engagiert sich für eine konsequentere Umsetzung dieser Beschlüsse.

In Bezug auf Frauen beinhaltet dies zum einen den besseren Schutz vor (sexueller) Gewalt, die häufig als Mittel der Kriegsführung eingesetzt wird. Zum anderen bedeutet es die vermehrte Einbindung von Frauen in Friedensgesprächen und in der Nachkonfliktphase. Friedensvereinbarungen werden meist nur unter den an den Kampfhandlungen beteiligten Parteien getroffen. Das führt dazu, dass die Rechte und Bedürfnisse von grossen Teilen der Bevölkerung zu wenig berücksichtigt werden. Da Frauen kaum mit wichtigen Regierungs- und Entscheidungspositionen bedacht werden, sind sie meist auch in Bezug auf wirtschaftliche Möglichkeiten, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung benachteiligt.

Im Januar 2012 fand in Liechtenstein ein Workshop zur Umsetzung der Frauen, Frieden- und Sicherheitsagenda in Afghanistan statt. Verschiedene Vertreterinnen afghanischer Frauenorganisationen nahmen am Treffen teil. Es ist als Erfolg zu werten, dass Empfehlungen des Workshops in die vom UNO-Sicherheitsrat beschlossene Verlängerung des Mandats der UNO-Operation zur Friedenserhaltung (Peacekeeping) in Afghanistan Eingang fanden.

In Zusammenarbeit mit dem Liechtenstein Institute on Self-Determination an der Universität Princeton und der NGO PeaceWomen organisiert die Ständige Vertretung Liechtensteins in New York von November 2012 bis Dezember 2013 eine Reihe von Vorträgen und Panelgesprächen zum Thema «Frauen, Frieden und Sicherheit». Die hochkarätig besetzten Veranstaltungen erfreuen sich bislang grossem Interesse.

Im Bereich der Kindersoldaten wird mit drei Organisationen zusammengearbeitet, welche auf unterschiedliche Art und Weise den besseren Schutz von Kindern bei Krigsakteuren und bei den Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats einfordern: Child Soldiers International, Watchlist on Children and Armed Conflict und Geneva Call. In

Hebammen besuchen schwangere Frauen in einem Lager für intern Vertriebene in Kabul, Afghanistan (unter Beisein des Dorfältesten).



vielen Konflikten werden Kinder ganz gezielt rekrutiert. Sie werden einerseits zu Opfern von Gewalt und Missbrauch, andererseits aber auch zu Tätern. Schwere Traumata und die Schuld der eigenen Verbrechen erschweren die spätere Wiedereingliederung in Familie und Gemeinschaft. Eine Studie von Child Soldiers International ergab, dass zwischen 2010 und 2012 in 20 Ländern Kinder als Soldaten oder zu anderen Zwecken eingesetzt worden waren. Die Studie zeigte weiter auf, dass auch Länder, welche die entsprechenden internationalen Bestimmungen umgesetzt und präventive Massnahmen getroffen haben, Kinder und Jugendliche im Ernstfall, also bei Eintreten von bewaffneten Auseinandersetzungen, trotzdem einbeziehen. Die Rekrutierung von Kindern ist demnach immer noch mehr die Norm, als die Ausnahme.

Mit dem Centre for Humanitarian Dialogue in Genf und der britischen NGO Concordis International unterstützt Liechtenstein zwei Organisationen, die als Mediatoren in Friedensgesprächen agieren. Mediationsakteure sind zunehmend gefordert, einen umfassenden Ansatz zu wählen und möglichst viele betroffene Bevölkerungsgruppen – insbesondere auch Frauen – in die Gespräche miteinzubeziehen, was angesichts des meist komplexen historischen und kulturellen Kontexts in bewaffneten Konflikten nicht einfach ist.



Kindersoldaten in der Demokratischen Republik Kongo

Im September 2012 trat Liechtenstein der Gruppe «Freunde der Mediation» bei. Dabei handelt es sich um einen informellen Zusammenschluss von rund 40 Staaten und Organisationen, welche sich im Bereich der Friedensförderung besonders engagieren. Dies war eine logische Konsequenz des bisherigen langjährigen Einsatzes für Frauen und Kinder in bewaffneten Konflikten und für Friedensmediation im Allgemeinen. Die politische Wortergreifung erhält durch die Unterstützung und Finanzierung von verschiedenen Organisationen und konkreten Projekten im Rahmen der IHZE zusätzliches Gewicht und Glaubwürdigkeit.

Schlusswort

34 |

Ein menschenwürdiges Leben ermöglichen

Viele Menschen verlassen ihre Heimat, und dies aus den unterschiedlichsten Gründen. Mit dem vorliegenden Bericht wird beispielhaft aufgezeigt, welche Auswirkungen die Phänomene Flucht und Migration an verschiedenen Orten zeitigen: Bei der einzelnen Person und deren Familie, beim Herkunftsland und im Aufnahmestaat.

So unterschiedlich die Bedürfnisse der betroffenen Personen sind, so vielseitig sind die Ansätze, die in der liechtensteinischen Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) in diesem Bereich verfolgt werden. Liechtenstein will einen Beitrag dazu leisten, dass sowohl Flüchtlinge, Vertriebene, als auch Migranten und Migrantinnen lebensnotwendige Unterstützung erhalten und in ihrer Menschenwürde geschützt werden. Die wirkungsvollste Hilfe scheint dabei jene zu sein, welche darauf abzielt, den Menschen in ihrer ursprünglichen Heimat eine Perspektive zu bieten.

Wie der Geschäftsführer des LED in seinem Artikel treffend geschrieben hat: «Migration geschieht, aber man kann sie gestalten.» Liechtenstein ist gefordert, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und sich solidarisch zu zeigen. Dies im Wissen darum, dass abgesehen von Kriegen und Naturkatastrophen hauptsächlich das grosse Gefälle zwischen Arm und Reich den Ausschlag für die weltweiten Wanderbewegungen gibt.



Botschafter
Dr. Martin Frick
Leiter des Amts für
Auswärtige Angelegenheiten



Kinder im Kosovo: Liechtenstein ermöglicht mit seinem Engagement Menschen in ihrer Heimat ein würdiges Leben.

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Heiligkreuz 14
9490 Vaduz
Liechtenstein
T +423 236 60 58
F +423 236 60 59

info.aaa@llv.li
www.llv.li/ihze